



09.09.2004

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Langzeitarbeitslose, die ab 01.01.2005 Arbeitslosengeld II (ALG II) beziehen, können gezwungen werden, Arbeitsgelegenheiten für 1-2 Euro Stundenlohn anzunehmen. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt dies für alle städtischen Einrichtungen ab und fordert alle nichtstädtischen Einrichtungen in Darmstadt auf, keine solchen Arbeitsgelegenheiten einzurichten.**
- 2. Die Stadt Darmstadt wird bei Empfängern von ALG II die Wohn- und Heizkosten komplett übernehmen, um Zwangsumsiedlungen zu vermeiden**
- 3. Die Stadt Darmstadt wird die Kosten für die Krankenversicherung derjenigen Menschen übernehmen, die in Folge der Neuregelungen aus dem ALG II herausfallen und dann nicht mehr krankenversichert sind.**

Begründung:

Die Stadt Darmstadt darf die Folgen von Hartz IV nicht auf die Menschen abwälzen. Wir meinen, dass Hartz IV insgesamt zurückgenommen werden muss.

Hartz IV führt zu Armut, Zwangsarbeit, Zwangsumsiedlungen, dem Verlust der Altersvorsorge und von Angespartem (einschließlich der Sparbücher der Kinder). Hartz IV bedroht auch die Kommunen.

In einigen Fragen können die Kommunen aber die Umsetzung nach Ihrem Ermessen gestalten.

Behandlungsvorschlag: in der Stadtverordnetenversammlung

Rainer Keil
Stadtverordneter